

Ressort: Politik

Grüne kritisieren AfD-Vorstoß zu Rückführungen nach Syrien

Berlin, 04.11.2017, 15:06 Uhr

GDN - Die Grünen haben einen Antrag der AfD scharf kritisiert, wonach die Bundesregierung die Rückführung syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat auf den Weg bringen soll. "Dieser Antrag ist nicht nur herzlos, sondern zeugt von großer Unwissenheit und Ignoranz", sagte Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, der "Welt am Sonntag".

Etwa 13 Millionen Syrer seien in dem Land auf humanitäre Hilfe angewiesen, "ein Großteil von ihnen gar nicht oder nur schwer durch Hilfsmaßnahmen zu erreichen". Die AfD fordere die Bundesregierung jetzt auf, "sich mit dem Assad-Regime zu verbinden". Dabei ignoriere die Partei "die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch das Regime selbst". Die Grünen-Politikerin bezog sich auf einen Antrag der AfD-Bundestagsfraktion, wonach der Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, "unverzüglich mit der syrischen Regierung in Verhandlungen über ein Rückführungsabkommen betreffend die in Deutschland aufgenommenen Rückkehrer einzutreten". Ein solches Abkommen solle zum Beispiel sicherstellen, dass Rückkehrer in Syrien aufgenommen "und dort nur in sicheren Gebieten untergebracht werden", heißt es in der zweiseitigen Drucksache. Der Bundestag soll demnach feststellen, "dass der Krieg in Syrien fast beendet" sei. Nur in rund zehn Prozent des syrischen Staatsgebietes würden derzeit noch Kämpfe stattfinden. Fraktionschef Alexander Gauland verteidigte den Antrag. Ein Sprecher teilte der "Welt am Sonntag" mit, Gauland halte ihn für "sehr vernünftig". Es gehe darum, "die Situation in Syrien noch einmal zu überprüfen und dann die Rückführung der Flüchtlinge einzuleiten". In den vergangenen Jahren haben mehrere Hunderttausend Syrer einen Schutzstatus in der Bundesrepublik erhalten. Aktuell erhalten mehr als die Hälfte lediglich den sogenannten subsidiären Schutz. Dieser gilt für ein Jahr und wird etwa dann vergeben, wenn Menschen in ihrer Heimat die Todesstrafe oder Folter droht. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte in der Vergangenheit Abschiebungen nach Syrien ausgeschlossen, unter anderem weil es sich um ein Bürgerkriegsgebiet handele.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-97122/gruene-kritisieren-afd-vorstoss-zu-rueckfuehrungen-nach-syrien.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619